



BEHUTSAM

Warum die Swisscom die Verhandlungen mit der irischen Eircom behutsam vornehmen will. 17



BEIGELEGT

Wie Roche den Rechtsstreit mit der Tamiflu-Erfinderin Gilead beigelegt hat und was das kostet. 19



FATAL

Was eine Vogelgrippe-Pandemie beim Menschen für ökonomische Schäden verursachen würde. 21



IN FAHRT

Wie gut der Sportwagenbauer Porsche in Fahrt ist und was man sich vom VW-Einstieg erhofft. 21

VOLKS BLATT | NEWS

Senatsausschuss für Bernanke als Greenspan-Nachfolger

WASHINGTON – Der angesehene US-Ökonom Ben Bernanke ist auf dem besten Weg, mächtigster Notenbankchef der Welt zu werden. Der Bankenausschuss im US-Senat stimmte seiner Nominierung am Mittwoch wie erwartet einstimmig zu. Der 51-jährige Bernanke soll den 79-jährigen Alan Greenspan Ende Januar nach 18 Jahren als Fed-Chef ablösen. Die elf Republikaner und neun Demokraten in dem Ausschuss verzichteten auf eine formelle Stimmabgabe. Bernanke muss offiziell noch vom Vollsenat bestätigt werden. Das gilt als reine Formsache. Die Abstimmung erfolgt voraussichtlich erst im Januar. (sda/dpa/afp)

Weniger EU-Auto-Zulassungen

BRÜSSEL – Die Zahl der Auto-Zulassungen in der EU ist im Oktober im Vergleich zum Vorjahresmonat leicht zurückgegangen. Wie der Verband europäischer Automobilhersteller ACEA in Brüssel am Mittwoch mitteilte, sanken die Zulassungen um 2,6 Prozent. In den fünf grössten Märkten stiegen die Zulassungen den Angaben zufolge in Italien mit einem Plus von 5,5 Prozent und in Deutschland mit drei Prozent. Frankreich verzeichnete ein Minus von 5,8, Spanien von 9,6 und Grossbritannien sogar von 10,8 Prozent. (AP)

Ölpreis treibt Inflation

BRÜSSEL – Wegen des nach wie vor hohen Ölpreises lag die Inflation in der Eurozone im Oktober bei 2,5 Prozent. Im Vorjahresmonat lag die Preissteigerung in den zwölf Ländern der Währungsunion noch bei 2,4 Prozent, wie das EU-Statistikamt Eurostat am Mittwoch mitteilte. Im Vormonat September betrug die Inflation 2,6 Prozent. In Deutschland lag die Preissteigerung im Oktober bei 2,4 Prozent. Am niedrigsten war der Wert mit 0,8 Prozent in Finnland, am höchsten mit 5,0 Prozent im Luxemburg. In allen 25 EU-Staaten lag die Inflation durchschnittlich bei 2,4 Prozent. Die Europäische Zentralbank (EZB) hat eine Zinserhöhung angedeutet, sollte der hohe Ölpreis so genannte Zweitrundeneffekte wie Lohnerhöhungen auslösen. Die EU-Finanzminister haben vor einer Zinsanhebung gewarnt, weil sie negative Folgen für das Wachstum befürchten. (AP)

DaimlerChrysler will eigene US-Banklizenz

BERLIN – Die Finanzdienstleistungstochter des Autokonzerns DaimlerChrysler will auch in den USA eine Bank gründen und damit ihre Refinanzierung verbilligen. «Wir hoffen im ersten Quartal 2006 auf eine Genehmigung», sagte der Leiter von DaimlerChrysler Financial Services (DCFS), Jürgen Walker. Es gebe im US-Bundesstaat Utah die Möglichkeit, eine Lizenz zu bekommen, um damit im ganzen Land Geschäfte zu machen. Voraussetzung sei eine weitgehende organisatorische Trennung vom Automobilgeschäft. Über eine solche Bank könne sich DCFS günstiger refinanzieren als dies für den Konzern mit seiner Bonität möglich wäre, sagte Walker. In Deutschland hat der Stuttgarter Konzern wie andere Automobilkonzerne bereits eine eigene erfolgreiche Bank. In China hat DaimlerChrysler kürzlich ebenfalls die Genehmigung für Finanzdienstleistungen wie Leasing und Finanzierung erhalten. (sda)

Im luftleeren Raum

Unsicherheit im Gewerbe bezüglich der Gültigkeit der Gesamtarbeitsverträge

SCHAAN – Die Würfel sind vor einem Jahr beim Staatsgerichtshof gefallen. Gewerbebetriebe können, müssen aber nicht, Mitglied bei der Gewerbe- und Wirtschaftskammer sein. Viele Fragen sind jedoch immer noch offen. Auch die, wann Gesamtarbeitsverträge für alle Arbeitnehmer gelten.

• Karin Hassler

Wie geht es weiter mit den Lohn- und Tarifverhandlungen zwischen der GWK und dem liechtensteinischen Arbeitnehmer/-innenverband (LANV)?

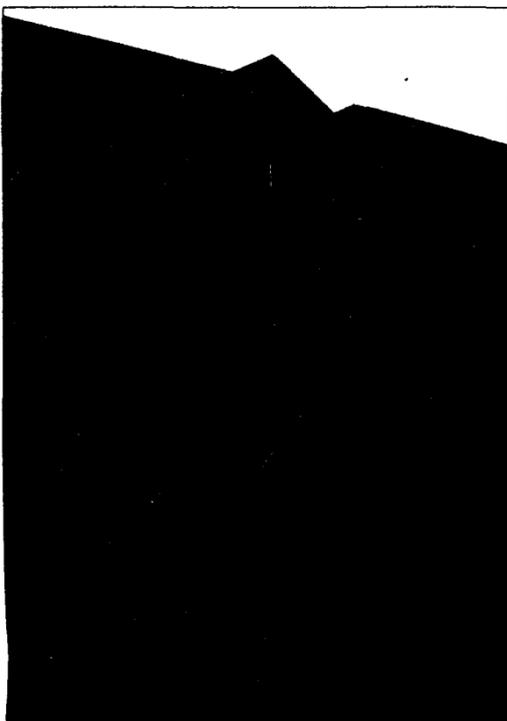
Als die Sektion Gastronomie der Gewerbe- und Wirtschaftskammer (GWK) in Ruggell ihre Jahresversammlung abhielt, rückte diese Frage in den Mittelpunkt – wie bei allen Jahresversammlungen der GWK-Sektionen.

In einem Interview in der gestrigen Vaterland-Ausgabe nahm Regierungsrat Klaus Tschüscher zu Fragen in Zusammenhang mit der Zukunft der GWK Stellung.

Zwei Knackpunkte

Ein Problem ist die Unverbindlichkeit der laufenden Lohnverhandlungen der GWK mit dem liechtensteinischen Arbeitnehmer/-innenverband. Gewerbebetriebe, welche nicht GWK-Mitglied sind, müssen sich nicht an die ausgehandelten Gesamtarbeitsverträge halten.

Deshalb stellen sich zahlreiche Gewerbebetriebe die Frage nach der Sinnhaftigkeit der laufenden Lohnverhandlungen. Ein weiteres Problem ist die Tatsache, dass die Organisationsform der GWK noch nicht abschliessend geklärt ist. Die GWK könnte eine öffentlich-rechtliche Körperschaft bleiben, oder mitunter in eine privatrechtliche Körperschaft umgewandelt werden.



Rechtssicherheit für die Lohnverhandlungen: Ein brennendes Thema sowohl bei der GWK als auch beim LANV.

che Körperschaft umgewandelt werden.

Rechtssicherheit schaffen

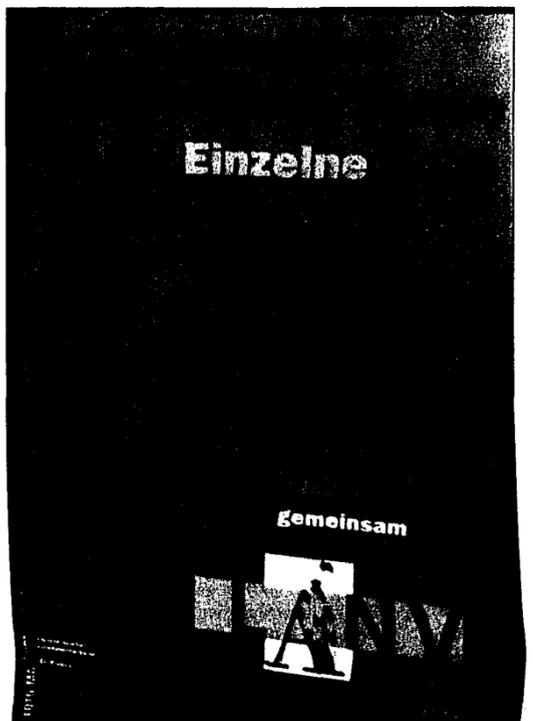
Nicht glücklich mit der derzeitigen Situation ist LANV-Präsident Sigi Langenbahn: «Es wäre dringend nötig, dass wir gemeinsam schnellstmöglich eine Lösung finden, welche für alle Betriebe im Land verbindlich gilt», so Langenbahn auf Anfrage. Auf die Frage, wie so eine Lösung aussehen könnte, meint Langenbahn: «Ich denke, dass die Lösung ähnlich wie diejenige in der Schweiz aussehen könnte. Dort ist die Allgemeinverbindlichkeit der Gesamtarbeitsverträge klar geregelt.» Der schweizerische Staat erklärt Gesamtarbeitsverträge dann für allgemein verbindlich, wenn bestimmte Voraussetzungen, welche

festgehalten sind, gegeben sind. «In der Praxis wird dies so gehandhabt, dass praktisch alle Gesamtarbeitsverträge, die von den grossen Sozialpartnern erarbeitet werden, für gültig erklärt werden», so Langenbahn. Diese Verträge werden dann alle zwei Jahre neu verhandelt.

Kontrollmechanismen einbauen

Wichtig im Zusammenhang mit der Schaffung einer Allgemeinverbindlichkeitserklärung sei aber der Einbau von Kontrollmechanismen. «Vorschriften und Regelungen machen nur dann Sinn, wenn diese überprüfbar und kontrollierbar sind. Vergehen, in welcher Form auch immer, müssen geahndet werden können», davon ist Langenbahn überzeugt. Es sei wichtig, dass die zwei wichtigsten Sozial-

Einzelne



Gemeinsam

partner im Land, die GWK und der LANV, wieder gesicherten Boden sprich Rechtssicherheit, unter die Füsse bekommen.

In den Griff kriegen

«Das Ressort Wirtschaft hat uns versprochen, bis Ende Jahr einen Entwurf zu erarbeiten, wie es in Zukunft aussehen könnte», so Langenbahn abschliessend. Erst wenn dieser Vorschlag vorliege, mache es Sinn, weiter zu verhandeln. Auf die Frage, ob Langenbahn sich vorstellen könne, dass es Gewerbetreibende gegeben habe, die aus genau diesem Grund aus der GWK ausgetreten sind, meinte er: «Das kann ich mir sogar sehr gut vorstellen. Wir haben schwarze Schafe im Land, die Lohn- und Sozialdumping betreiben und die müssen wir in den Griff bekommen.»

Jeder Vierte bangt um seinen Job

Schweiz: Umfrage des Marktforschungsinstituts IHA-GfK

ZÜRICH – Ein Viertel der Arbeitnehmenden in der Schweiz bangt gemäss einer Umfrage um den Job. Bei der Post und in der Telekommunikationsbranche ist es sogar jeder Zweite, wie eine Umfrage des Marktforschungsinstituts IHA-GfK im Auftrag der Zeitschrift «Facta» ergab. Jeder Dritte möchte zudem mehr Lohn.

In der Westschweiz ist die Jobangst deutlich verbreiteter als in der Deutschschweiz. Einsame Spitze ist der Kanton Jura, wo gemäss der Umfrage 58 Prozent um den Job fürchten. An zweiter Stelle folgt Genf mit 44 Prozent, gefolgt von Freiburg und Waadt. Gemäss der



Jeder zweite Angestellte bangt bei der Schweizer Post um seinen Job.

Umfrage sind vor allem die 16- bis 24-Jährigen demotiviert. Die Hälfte der Jugendlichen könne sich nicht mit ihrem Arbeitgeber identifizie-

ren. 23 Prozent überlegten sich sogar ernsthaft, bald zu kündigen. Diese Haltung ist vor allem in den Branchen Post und Telekomm so-

wie im Gastgewerbe ausgeprägter als in anderen Sektoren. Die höchste Zufriedenheit äusserten die Beschäftigten im Gesundheits- und Sozialwesen sowie die Lehrerinnen und Lehrer.

Gemäss der Umfrage bei 8315 Schweizerinnen und Schweizern möchte jeder dritte Befragte mehr Lohn, wobei diese Forderung in der Westschweiz und bei Männern ausgeprägter ist als in der Deutschschweiz oder bei Frauen. Unzufrieden über ihren Lohn äussern sich vor allem die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Branchen Verkehr und Transport, Reisebüro und Reiseveranstalter sowie im Gastgewerbe. (AP)